

Änderungsantrag Entscheidendes Gremium: Bürgerschaft Ersteller: Fraktion FÜR Rostock Beteiligt: Büro der Präsidentin der Bürgerschaft Sitzungsdienst	Datum: 07.05.2012						
Dr. Dr. Malte Philipp (für die Fraktion FÜR Rostock) Unterstützung des F.C. Hansa Rostock e.V. zur Sicherung des Spielbetriebs 2012/2013							
Beratungsfolge: <table border="0"> <thead> <tr> <th data-bbox="180 920 379 954">Datum</th> <th data-bbox="379 920 963 954">Gremium</th> <th data-bbox="963 920 1409 954">Zuständigkeit</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="180 976 379 1010">09.05.2012</td> <td data-bbox="379 976 963 1010">Bürgerschaft</td> <td data-bbox="963 976 1409 1010">Entscheidung</td> </tr> </tbody> </table>		Datum	Gremium	Zuständigkeit	09.05.2012	Bürgerschaft	Entscheidung
Datum	Gremium	Zuständigkeit					
09.05.2012	Bürgerschaft	Entscheidung					

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt ergänzt:

2.

Der Beschluss steht unter der aufschiebenden Bedingung, dass der Verein den Nachweis erbringt, den Personalkostenaufwand für Vorstand und Verwaltung (also nicht: für den reinen Spielbetrieb und den Amateur- und Jugendfußball) um insgesamt 50 % der im Sanierungskonzept vom 27.04.2012 ausgewiesenen Planbeträge reduziert zu haben, solange die Lizenzmannschaft in der 3. Liga spielt.

Sachverhalt:

Die Beschlussvorlage basiert auf der wesentlichen Begründung, aufgrund des Urteils des Bundesfinanzhofes vom 14.12.2011 kämen auf den F.C. Hansa Rostock Steuernachzahlungen in Höhe von insgesamt ca. 4 Mio. Euro zu. Der Sachverhalt, aufgrund dessen gezahlt werden muss, ist seit Jahren bekannt. Spätestens mit der Nachzahlungsforderung des Finanzamtes Rostock aus dem Jahre 2003 hätte der Verein liquide Rückstellungen bilden müssen. Wäre dies in hinreichendem Umfang geschehen, könnten die Steuernachzahlungen jetzt

geleistet werden. Offenbar sind die erforderlichen Mittel anderweitig verwandt worden.

Erklärbar ist dies nur durch Managementfehler. Das Management des Vereins fordert nun von den Gläubigern Verzichtsquoten in Höhe von 37,8 %, lässt aber offenbar eine Bereitschaft, mindestens in demselben Umfang auf Gehalt zu verzichten, ausweislich der Planunterlagen nicht erkennen, obwohl es maßgeblich die Ursache für die Schieflage gesetzt hat.

Dr. Dr. Malte Philipp
Fraktionsvorsitzender